

Familie: Eine Studie zur Situation in Ostdeutschland

Zum Jahreswechsel veröffentlichte das Deutsche Jugendinstitut in München eine Studie zu Situation und Alltag der Familien in den neuen Bundesländern kurz nach der Wiedervereinigung. Besonders in bezug auf Familienstand, Kinderzahl, aber auch in der Kinderbetreuung zeigen sich darin deutliche Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands.

Um die seit Jahren geführte Debatte über die Zukunft der Familie auf eine gesichertere empirische Basis zu stellen, hatte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bereits im Jahr 1987 das Deutsche Jugendinstitut in München (DJI) mit einer auf mehrmalige Wiederholung angelegten Studie beauftragt. Erste Ergebnisse dieser Studie zur Situation *westdeutscher* Familien, zu Trends und Wandlungstendenzen wurden Ende 1991 vom DJI in einer umfangreichen Dokumentation vorgelegt (vgl. HK, März 1992, 131 ff.). Zum Jahreswechsel wurde nun auch eine *Ergänzungsstudie für die neuen Bundesländer* vorgestellt, betitelt: „Die Familie in den neuen Bundesländern – Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation“. Mit dem gleichen Konzept wie in den westlichen Bundesländern war hierfür kurz nach dem Beitritt der DDR, im November 1990, mit einer Befragung von 2000 Personen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren begonnen worden, die im Februar 91 abgeschlossen war.

Deutliche Unterschiede bei Kinderzahl und Familienstand

Aufschlußreich sind die Ergebnisse der Studie für den östlichen Teil Deutschlands dabei zum einen für die Frage, ob unter doch sehr verschiedenen gesellschaftlichen, ökonomischen und familienpolitischen Rahmenbedingungen, die

den Alltag der Familien in der ehemaligen DDR bestimmten, ähnliche Ausprägungen, Trends und Wandlungstendenzen familialer Lebensformen wie im Westen entstehen konnten. Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt ein systematischer Vergleich unter Einbeziehung der unterschiedlichen weltanschaulich-ideologisch bestimmten familienpolitischen Konzepte noch aussteht, so läßt doch auch ein sporadischer Vergleich der empirischen Daten beider Studien erkennen, welchen Einfluß die spezifischen Charakteristika einer modernen Industriegesellschaft, einer „Dienstleistungsgesellschaft“ – etwa die hohe berufliche und soziale Mobilität – auf die Ausgestaltung von Ehe und Familie haben.

Deutliche Ost-West-Unterschiede ergeben sich bei der Erhebung von Familienstand und Kinderzahl: Unter den Befragten waren im Alter zwischen 18 und 55 Jahren im Osten 70 Prozent und in Westdeutschland 64 Prozent verheiratet. Erheblich höher ist der Anteil der Ledigen in den alten Bundesländern. Hier stehen 28 Prozent nur 19 Prozent in den neuen Bundesländern gegenüber. Gleichzeitig liegt jedoch auch die Quote der Geschiedenen in den neuen Bundesländern mit neun Prozent drei Prozentpunkte über der im westlichen Teil Deutschlands. Insgesamt läßt sich hieraus eine deutlich geringere Heiratsneigung in den alten Bundesländern erkennen.

Für die zur Trendbestimmung wichtige Frage, inwieweit die in Westdeutsch-

land erkennbare Pluralisierung der Lebensformen parallel zu Veränderungen der sozioökonomischen Struktur insgesamt verläuft, sind, neben den Daten zu Ledigen und Kinderlosen, die Ergebnisse zu der Gruppe *nichtehelicher Lebensgemeinschaften* interessant: Die Befragung aufgrund der traditionellen Definition nichtehelicher Lebensgemeinschaften (zwei unverheiratet zusammenlebende Personen) ergab für Ost und West nahezu gleiche Anteile zwischen 7 und 8 Prozent.

Eine stärkere Individualisierung im Westen Deutschlands

Familiensoziologische Untersuchungen zeigen an diesem Punkt jedoch, daß *nicht zusammenlebende Partner*, die sich schon lange Zeit kennen und sich in bezug auf Kommunikation, wechselseitige Unterstützung und gemeinsame Aktivitäten kaum von nichtehelichen Lebensgemeinschaften unterscheiden, sinnvollerweise auch statistisch als solche zu behandeln wären. Diese Gruppe, in denen Partner – weil sie beispielsweise an unterschiedlichen Orten hochqualifizierten Berufen nachgehen oder weil sie das Alleinleben als Ausdruck eines eigenen Lebensstils begreifen – längere Bindungen eingehen, ohne notwendigerweise zusammenzuziehen, scheinen eine neue Lebensform gerade in der Bundesrepublik zu repräsentieren. Ihr Anteil unter den Befragten war zum Erhebungszeitpunkt im Westen Deutschlands mit 4,2 Prozent deutlich höher als im Osten, wo diese Lebensform mit 1,7 Prozent kaum ins Gewicht fällt. Der Herausgeber der Studiendokumentation und Leiter des DJI, *Hans Bertram*, resümiert, „daß neben den unterschiedlichen Ledigenquoten auch die unterschiedliche Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften Ausdruck der Tatsache ist, daß sich in den alten Bundesländern eine Form von Individualisierung stärker ausgewirkt hat als in den neuen Bundesländern mit ihrer völlig unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Struktur“ (S. 48).

Ehen wurden in der ehemaligen DDR deutlich früher geschlossen. Bei ihrer ersten Heirat waren die Frauen im Durchschnitt 22,7, die Männer 24,7 Jahre alt. Früher als in den alten Bundesländern begann auch – vom DDR-Regime ebenso wie die Eheschließung in jungen Jahren intensiv gefördert und propagiert – die Elternschaft. Etwa 50 Prozent der Frauen hatten in den neuen Bundesländern mit 22 Jahren ihr erstes Kind geboren; mit 24 Jahren wurde die Hälfte der Männer zum ersten Mal Vater. Insgesamt liegt die Kinderzahl im Osten Deutschlands – 82 Prozent der Befragten gaben an, ein Kind zu haben, wobei Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder miteinbezogen waren – höher als im Westen, wo dies nur 64 Prozent angaben.

Deutliche Unterschiede in der Kinderbetreuung

Die Ergebnisse der Studie in den alten Bundesländern hatten bei der jüngeren Altersgruppe, den Geburtsjahrgängen ab 1958, eine „Entstandardisierung“ der Biographien als Ausdruck zunehmender Individualisierung erkennen lassen, einen Trend, der sich in häufigerem Partnerwechsel, einem deutlichen Anstieg des Heiratsalters und höherer Scheidungsrate manifestiert. Wie ihre Altersgenossen im Westen ist auch die junge Generation in Ostdeutschland, dies zeigen die Studienergebnisse, grundsätzlich partnerschafts- und familienorientiert, trotz der festzustellenden „partiellen Instabilität“ junger Ehen. Die im Westen konstatierte Tendenz zu nicht-institutionalisierten Partnerschaftsformen, einem deutlich lockeren Zusammenhang zwischen Partnerbeziehung, Zusammenleben, Eheschließung und Geburt des ersten Kindes läßt sich aber auch bei der jüngeren Generation in den neuen Bundesländern beobachten.

Vor allem war das Familienleben in der ehemaligen DDR durch zwei entscheidende gesellschaftliche Strukturmerkmale bestimmt, die zugleich einen deutlichen Unterschied zur Lebenssituation

der Familien in den westlichen Bundesländern markieren: die beinahe vollständige Integration von Frauen und Müttern in das *Erwerbsleben* und den im Vergleich zur Bundesrepublik völlig anderen Stellenwert außerfamiliärer, institutioneller Kinderbetreuung.

Zum Zeitpunkt der Erhebung waren in 81 Prozent der Haushalte mit Kindern beide Partner erwerbstätig, in 78 Prozent die Mütter. Abhängig von Alter und Anzahl der Kinder im Haushalt war die Erwerbsbeteiligung von Müttern teilweise doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Eine Ausnahme bildeten hier lediglich die Mütter von Kleinkindern unter drei Jahren, bei denen die Quote der Berufstätigen im Osten nur 36 Prozent betrug.

Für die Frage, ob die gesellschaftspolitisch geförderte Integration der Frau in das Erwerbsleben zu mehr Gleichberechtigung der Partner auch im Familienalltag geführt hat, ergibt sich aus den Studienergebnissen ein ernüchterndes Bild. Der überwiegende Teil der erwerbstätigen Frauen in den neuen Ländern muß neben der Berufstätigkeit noch eine volle „2. Schicht“ im Familienhaushalt absolvieren. Während sich vier Prozent der Männer überhaupt nicht an Hausarbeiten beteiligen und eine Mehrheit von 47 Prozent ihnen wöchentlich lediglich 1 bis 10 Stunden widmet, ist der Anteil der Frauen im Bereich von 21 bis 40 Stunden mit 36 Prozent mehr als doppelt so hoch wie derjenige der Männer. In Haushalten, in denen beide Partner erwerbstätig waren, gaben 22 Prozent der Frauen an, über 40 Stunden wöchentlich im Haushalt zu arbeiten. *Teilzeitmodelle* gab es in der ehemaligen DDR kaum.

Durch die Existenz eines umfassenden Netzes ganztägiger staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen in der ehemaligen DDR ergaben sich zwischen Ost und West erhebliche Differenzen bei der Kinderbetreuung. Besonders kraß zeigte sich dieser Unterschied bezüglich der Kleinkinder: Während diese bei der westdeutschen Stichprobe zu 87 Prozent ausschließlich in ihrer Familie betreut wurden, besuchten 52 Prozent ih-

rer Altersgenossen im Osten eine Kinderkrippe, weitere sechs Prozent schon einen Kindergarten. Dabei fielen den Autoren der Studiendokumentation die erheblichen Abweichungen der erfragten Daten zu den amtsstatistischen Angaben auf. So wurde beispielsweise offiziell die Nutzung von Kinderkrippenplätzen mit 83 Prozent angegeben.

Von den in der Befragung erfaßten Vorschulkindern in den neuen Bundesländern verbrachten 43 Prozent wöchentlich 31 bis 40 Stunden, weitere 14 Prozent 41 Stunden und mehr in den Kindereinrichtungen.

Individualistische Wertemuster

Für die Altersgruppe der Schulkinder ergeben die Daten unter der Kategorie der „Unbeaufsichtigten“ die deutlichste Differenz zwischen Ost und West. Während sich insgesamt 85 Prozent der westdeutschen schulpflichtigen Kinder am Nachmittag bei den Eltern beziehungsweise bei Müttern aufhielten, gilt dies nur für 47 Prozent im Osten. Sich selbst überlassen waren zum Befragungszeitraum 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den neuen Bundesländern.

In der Debatte um die Zukunft von Ehe und Familie wird angesichts von Phänomenen wie zurückgehender Heiratsquote, steigenden Scheidungszahlen, Geburtenrückgang und einer ständig wachsenden Anzahl von Alleinlebenden häufig auf einen in den vergangenen 20 Jahren zu konstatierenden Wertewandel in der westdeutschen Gesellschaft als Erklärungs- und Interpretationsmuster zurückgegriffen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich ein vergleichbarer Einstellungswandel und Wertewandel – immer mehr Menschen orientieren sich an der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten – auch unter den deutlich andersgearteten sozioökonomischen Voraussetzungen der ehemaligen DDR erheben läßt. Erfragt wurden die Einstellungen zu Kindern (Kinder als Lebenssinn, als Last oder

als Nutzen), zu Ehe und Partnerschaft, zu Erziehungszielen (Erziehung zu Pflicht und Leistung, zu Selbständigkeit oder zu „kooperativem Individualismus“) und die berufliche Orientierung (Selbständigkeit, interessante Tätigkeit, gesellschaftliche Achtung).

Der Anteil derjenigen, in deren Einstellungsmustern Selbstverwirklichung und -bestimmung dominierten und die ein hohes Maß an „postmaterialistischen“ Werten artikulierten, war zum Erhebungszeitpunkt in den alten Bundesländern erheblich größer als in den neuen. Deutlich geringer fiel die Ost-West-Differenz bei der Erhebung „materialistischer“ Orientierungen, etwa dem Streben nach Sicherheit, Ruhe, Ordnung und stabilen ökonomischen Strukturen aus. In beiden Teilen Deutschlands scheinen dabei ein hoher Bildungsabschluß, eine gehobene Berufsposition, Kinder- und Ehelosigkeit und eine hohe kulturelle Orientierung die Ausbildung individualistischer Werte zu begünstigen. Ausdrücklich betonen die Autoren der Studie jedoch hierzu, daß das „postmaterialistische“ Wertmuster als individualistische Lebensorientierung für beide Teile Deutschlands in gleicher Weise – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau – nachgewiesen werden konnte. Dies könne als Beleg dafür gewertet werden, „daß das Aufkommen dieser Wertemuster einiges zu den Veränderungen im Bereich der familialen Lebensformen und Lebensführungen sowohl in der west- als auch in der ostdeutschen Gesellschaft beigetragen hat“ (S. 33).

Der Wert der Untersuchung besteht vornehmlich darin, über eine entscheidende gesellschaftliche Übergangssituation empirisches Datenmaterial verfügbar gemacht zu haben. Die Autoren der Studiendokumentation geben dabei jedoch einschränkend zu bedenken, daß Antwortverhalten und Einstellungen der Befragten in erheblichem Umfang durch die Umbruchsituation selbst beeinflusst sein könnten. *Regionale Nacherhebungen in den neuen Bundesländern* sollen hier mögliche Fehler korrigieren. Interessant wird bei diesen

Studien die Frage sein, ob und inwieweit sich die Formen privater Lebensführung in beiden Teilen Deutschlands inzwischen angeglichen haben. Trotz der doch auch weitgehenden Übereinstimmung in Ost und West gerade bezüglich einer grundsätzlichen Wert-

schätzung von Ehe und Familie zeigen die Ergebnisse im übrigen, daß sich familien- und jugendpolitische Maßnahmen in den neuen Bundesländern auf absehbare Zeit an anders gelagerten Bedürfnissen und Gewohnheiten orientieren müssen. A. F.

Schweiz: Im Abseits nach dem Nein zum EWR?

Die Schweiz hat das Jahr 1993 mit der Hypothek der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 begonnen, bei der die Stimmbürger den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ablehnten. Das Ergebnis bedeutet eine Niederlage für die „politische Klasse“ wie für die Wirtschaftseliten, die sich vergeblich für ein Ja eingesetzt hatten. Wie es jetzt mit der Schweiz und Europa weitergeht, ist weithin offen.

Nach der Ablehnung des EWR-Vertrages, der den EFTA-Ländern die gleichberechtigte Teilnahme am EG-Binnenmarkt ermöglicht und so einen Europäischen Wirtschaftsraum schafft, steht die Schweiz, wenn nicht vor einem europapolitischen Scherbenhaufen, so doch vor einer außen- wie innenpolitisch schwierigen Situation. Wohl wurde in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 mit der außerordentlichen Stimmbeteiligung von 78,3 Prozent – der höchsten seit der Abstimmung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) im Jahre 1947 – die Vorlage von den Stimmdenden insgesamt, dem Volksmehr, mit einem Nein-Stimmenanteil von 50,3 Prozent nur knapp abgelehnt; die notwendige Mehrheit zustimmender Kantone, das Ständemehr, wurde aber doch deutlich verfehlt: 14 ganze und 4 halbe Kantone entschieden sich gegen, aber nur 6 ganze und 2 halbe Kantone für den EWR-Vertrag.

Ganz anders verlief eine Woche später die EWR-Volksabstimmung im *Fürstentum Liechtenstein*: Bei einer ebenfalls außergewöhnlich hohen Stimmbeteiligung von 87 Prozent wurde dem EWR-Vertrag von 55,8 Prozent der Stimmdenden zugestimmt, wobei sich erst noch in allen 11 Gemeinden Ja-

Mehrheiten ergaben. Daß in der Schweiz in der Volksabstimmung vom 27. September 1992 der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) – der schweizerischen Gegenleistung für die Garantien der EG im Transitvertrag (HK, November 1992, 502–505) – noch zugestimmt wurde, paßt nach heutigem Erkenntnisstand zur zweiten und negativen europapolitischen Entscheidung: wie die Ende 1992 veröffentlichte VOX (Abstimmungs-)Analyse zutage brachte, wurde der NEAT-Entscheid weit weniger unter europapolitischer als vielmehr unter *verkehrspolitischer* Rücksicht gefällt.

Wo die Konfliktlinien liegen

Obwohl die VOX-Analyse der EWR-Abstimmung wie gewohnt erst in einigen Wochen vorliegen wird, lassen sich aufgrund der vorhandenen Daten doch schon wichtige Zusammenhänge ausmachen. Der augenscheinlichste und der die Innenpolitik gefühlsmäßig, aber auch sachlich am meisten belastende ist die Konfliktlinie zwischen der deutschen (und italienischen) und der französischen Schweiz. Die Kantone der französischen Schweiz weisen Ja-Mehr-